

Die rußländischen kommunistischen und sozialistischen Parteien

Ljubin, Valerij Petrovic

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ljubin, V. P. (1996). *Die rußländischen kommunistischen und sozialistischen Parteien*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 71/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46670>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die rußländischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien

Zusammenfassung

Nachdem der Vorsitzende der "Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation" (KPRF), Gennadij Zjuganov, die Präsidentschaftswahl verloren hatte, war es sein größter Erfolg, den politischen Wahlblock zu erhalten und ihn in eine qualitativ neue politische Kraft zu verwandeln, die bereit ist, bei jeder Wahl anzutreten. Die KPRF ist mit 530.000 Mitgliedern in 20.000 über das ganze Land verteilten Basisorganisationen die größte der insgesamt sechs kommunistischen Parteien. Die Plattform der KPRF stellt eine eigenartige Symbiose linker revolutionärer Werte mit ihnen im Wesen widersprechenden konservativen rechten Einstellungen dar. Die Möglichkeit, daß sich die KPRF in sozialdemokratischer Richtung entwickelt, wird von konservativen Kommunisten als Zugeständnis an die heutige Realität betrachtet. Nach dem politischen Sieg werde Zjuganov zum Programm des Kommunismus zurückkehren. Dagegen ist nicht auszuschließen, daß sich gemäßigte Kommunisten mit sozialdemokratischen Organisationen verbinden. Zur Zeit gibt es in Rußland acht kleine sozialdemokratische und vier sozialistische Parteien, von denen sieben in Opposition zu El'cin stehen und fünf ihn unterstützen. Ihre Tätigkeit ist kaum zu spüren und ruft keine besondere Aufmerksamkeit bei den Massenmedien hervor. Manchmal ist selbst den Führern dieser Parteien nicht klar, was es mit dieser Sozialdemokratie auf sich hat. Viele von ihnen sind aus den Reihen der Kommunisten gekommen und haben sich noch nicht endgültig von der Last der Vergangenheit befreit. Daher nehmen sie häufig eine Zwischenstellung zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie ein.

Einen Monat nach der Wahlniederlage des Vorsitzenden der "Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation" (KPRF), Gennadij Zjuganov, bei den Präsidentschaftswahlen am 3. Juli 1996 wurde der "Volkspatriotische Bund Rußlands" gegründet. Die KPRF versuchte, ihre Zugehörigkeit zu dieser oppositionellen Bewegung zu verschweigen, obwohl allen klar war, daß "die stärkste politische Organisation in jedem Block dominieren muß".¹ Die Bildung dieses Blocks zeigte die Absicht der bei den Präsidentschaftswahlen unterliegenden Kräfte, ihre Einheit zu erhalten und ein Schattenkabinett zu bilden, das in Opposition zu El'cin steht.² Politische Beobachter glauben, daß es Zjuganovs größter Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen war, seine Anhänger davon zu überzeugen, den politischen Block zu erhalten und ihn "in eine qualitativ neue politische Kraft zu verwandeln, die bereit ist, bei jeder Wahl anzutreten".³ Die Demokraten, die El'cin bei den Wahlen unterstützt hatten,

¹

I. Rodin, Obščerosijskoe oppozicionnoe dviženie sozdano, in: Nezavisimaja gazeta, 8.8.1996.

²

Katzenjammer in der Zjuganov-Partei, in: Berliner Morgenpost, 7.7.1996.

³

A. Fedorov, Gennadij Zjuganov: pobeda na fone poraženija, in: Nezavisimaja gazeta, 11.7.1996.

unternahmen Mitte Juli 1996 "noch einen ihrer unzähligen Vereinigungsversuche", weil sich, wie einige Beobachter glauben, "folgende Gefahr klar abzeichnet: Wenn bei Lokalwahlen in den meisten Regionen die prokommunistischen Kräfte an die Macht kommen werden, was sehr wahrscheinlich ist, so wird der kürzlich errungene Sieg El'cins hinfällig werden".⁴

Von Interesse ist, wie die Kommunisten und ihre Anhänger die Niederlage ihres Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 1996 kommentierten. In einem Interview mit der Zeitung "Zavtra" erklärte Zjuganov: "Resümee: Wir wurden Zeugen eines Pyrrhus-Sieges, der auf den Scherben dessen errungen wurde, was einst als Demokratie bezeichnet wurde. Wir sind bis an die Schwelle einer kriminellen Diktatur gekrochen, in die wir jede Minute abstürzen können." Die Kampagne seiner Gegner charakterisierte er in diesem Interview als "größte Welle der Gesetzlosigkeit, des Medienterrors und der psychologischen und moralischen Gewaltanwendung".⁵ Die den Kommunisten nahestehende Zeitung "Sovetskaja Rossija" führte die Passage des Führers der deutschen PDS, Gregor Gysi, an: "Kohl gewährte El'cin einen Kredit, der für den Wahlkampf verwendet werden konnte. Mir ist kein einziger Fall bekannt, in dem sich ein Land in den Wahlkampf eines anderen Landes eingemischt hätte. Das ist einmalig. Stellen Sie sich nur einen Augenblick vor, daß die Situation umgekehrt wäre. Was würde in Deutschland geschehen, was würden die Deutschen sagen?"⁶ Die gleiche Zeitung zitierte mit Mitgefühl die deutsche Zeitung "Die Welt": Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Rußland braucht man über einen Sieg der Demokratie und der Reformen nicht zu reden."⁷ Nach den Wahlen sagte Zjuganov seinen Wählern: "In dem historisch unendlich kleinen Zeitraum von drei Jahren sind wir den Weg gegangen von einer verfolgten, fast halblegalen Organisation zu einer allrußländischen Bewegung, die bedeutende Positionen in der Staatsduma innehat und mit der 'Partei der Macht' gleichberechtigt an den Präsidentschaftswahlen teilgenommen hat."⁸

Die kommunistischen Parteien

Was stellt nun die heutige "Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation" dar? Einige Zahlen seien angeführt. Ihren eigenen Angaben zufolge zählte sie Anfang 1995 530.000 Mitglieder und 20.000 Basisorganisationen in 88 Regionen Rußlands. Ihre Vertreter stehen an der Spitze der parlamentarischen Strukturen: E. Stroej ist Vorsitzender des Föderationsrats und G. Seleznev Vorsitzender der Staatsduma. Parteiführer G. Zjuganov war der einzige Kandidat der oppositionellen Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 1996, und - daran sei noch einmal erinnert - er erhielt 32,03 Prozent im ersten und 40,31 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 errang die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation den ersten Platz mit 22,30 Prozent der Stimmen und erhielt 157 von 450 Sitzen in der Duma.

Die ideologische Grundhaltung umriß der KPRF-Chef in einem Interview. Die Frage "Von welchen grundlegenden Prinzipien von Marx, Engels und Lenin sagt sich die Partei los und von welchen wird sie sich niemals lossagen?" beantwortete er wie folgt: Erstens die KPRF "sagt sich unter den gegenwärtigen Bedingungen von einer revolutionären Lösung der Probleme los", zweitens "die alleinige Vorherrschaft staatlichen Eigentums ist nicht annehmbar" unter Bedingungen, "da eine vielschichtige Wirtschaft Realität" geworden ist, und drittens die KPRF anerkennt im Gegensatz zur KPdSU mit staatsbildender Struktur "die Notwendigkeit eines pluralistischen politischen Systems". Diese drei "Wesensmerkmale" unterscheiden die KPRF von ihrer Vorgängerin. "Dazu kommen Volks- und Staatspatriotismus" sowie die schroffe Ablehnung der Politik "der Machthaber", fügte Zjuganov hinzu.⁹ Diese Einstellung und die reale Politik der rußländischen Kommunisten erlauben es

⁴ N. Archangel'skaja, Demokratam pridetsja krepit' sojuz s nomenklaturaj, in: Kommersant-daily, 12.7.1996.

⁵ G. Zjuganov, My stoim za narod, in: Zavtra, 1996, 28.

⁶ Z. Kasjanenko, Trudnye vybory. Leto 1996, in: Sovetskaja Rossija, 5.7.1996.

⁷ O toržestve demokratii govorit' ne prichoditsja, in: Sovetskaja Rossija, 5.7.1996.

⁸ G. Zjuganov, Dorogie sootečestvenniki, in: Pravda, 6.7.1996.

⁹ G. Zjuganov, Ne choču, čtoby na Rossiju smotreli kak na pobeždennuju stranu, in: Pravda, 10.8.1994.

ausländischen Beobachtern, die KPRF mit der Kommunistischen Partei Frankreichs in der Epoche des Eurokommunismus zu vergleichen.¹⁰

In dem vor kurzem veröffentlichten Bericht der Analytiker der Stiftung "Rußländisches gesellschaftlich-politisches Zentrum" mit dem Titel "Die linke Welle im postkommunistischen Europa (1993-1996)" wird die spezifische Situation der KPRF im Vergleich mit den postkommunistischen Kräften in Mitteleuropa folgendermaßen beschrieben: Wenn die Bevölkerung in den meisten postkommunistischen Ländern Europas den Übergang der Macht von den Liberalen zu den Postkommunisten ruhig hinnahm, in der Annahme, daß sie die festgelegten "Spielregeln" nicht verletzen würden, so gab es in Rußland eine solche Gewißheit nicht. "Ein großer Teil der Öffentlichkeit war ernstlich beunruhigt, daß, sollte ein Kommunist die Präsidentschaft übernehmen, dies negative Folgen in Politik und Wirtschaft haben wird, die mit einer Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Bürger, mit einer Umverteilung des Eigentums, mit der Errichtung eines zentralen Planungssystems und scharfen sozialen Konflikten verbunden sind."¹¹ Obwohl, wie in dem Bericht festgestellt wird, die KPRF-"Spitze" Bestandteil des russischen Establishments geworden ist und viele ihrer Leiter eng mit den größten Banken und Industriegruppen sowie mit westlichem Kapital verbunden sind, zeichnet sich die Partei durchaus nicht durch ideologische Mäßigung aus. Im Programm der KPRF, das auf ihrem III. Parteitag im Januar 1995 angenommen wurde, werden die von der KPdSU begangenen Verbrechen nicht verurteilt. Das Programm ist von ideologischem Konservatismus gekennzeichnet. Zjuganovs Programm bei den Präsidentschaftswahlen forderte staatliche Regulierung der Industrie, Staatsmonopol für den Außenhandel, staatliches Eigentum an Grund und Boden und staatliche Investitionen. Die drei verkündeten strategischen Ziele der KPRF lauten: Wiedereinführung des sozialistischen Eigentums, Rückkehr der Macht der Sowjets und Wiedererrichtung der UdSSR. Im Kampf für die Wiedererrichtung der UdSSR stützt sich die KPRF auf die nationalstaatliche Idee. Die Propagierung der nationalen Wurzeln - Kollektivismus, Gemeinschaftlichkeit (sobornost') und Rechtgläubigkeit wird mit nationalistischer Rhetorik, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verknüpft. Die Plattform der KPRF stellt eine eigenartige Symbiose linker revolutionärer Werte mit ihnen im Wesen widersprechenden konservativen rechten Einstellungen dar. In bezug auf ihre Entwicklung in sozialdemokratischer Richtung sei hier die Meinung eines der Organisatoren des Augustputsches 1991, General Varennikovs, angeführt: "Der jetzige Sozialdemokratismus Zjuganovs ist ein Zugeständnis an die heutige Realität. Dennoch wird er mit der Zeit, nach dem Sieg, zum Programm des Kommunismus zurückkehren."¹²

Im politischen Spektrum links wie rechts von der KPRF ist die Situation ziemlich schwierig. Von links bedrängt sie die an bedeutendem Einfluß gewonnene Bewegung "Werk tätiges Rußland" unter V. Anpilov, die die Reinheit der kommunistischen Idee beansprucht. Sollten die Parteiführer von der orthodoxen Linie abgehen, werden viele dogmatisch eingestellte KPRF-Mitglieder zu Anpilov überlaufen. Daneben gibt es weniger einflußreiche kommunistische Organisationen unter Führung von N. Andreeva (Kommunistische Allunionspartei der Bolschewiki), A. Krjučkov (Russische Partei der Kommunisten), V. Tjul'kin (Russische kommunistische Arbeiterpartei) und O. Šenin (Union kommunistischer Parteien - KPdSU).

Rechts von der KPRF entstand eine große linkszentristische Nische, die durch einen Schwenk des gemäßigten Parteiflügels zur Sozialdemokratie gefüllt werden könnte. Bei einem solchen Ausgang ist die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich die gemäßigten Kommunisten mit anderen Organisationen sozialdemokratischer Richtung zusammenschließen. Es sei daran erinnert, daß die größte westliche kommunistische Partei mit einem sehr großen Wählerpotential - die kommunistische Partei Italiens - z.B. Jahrzehnte brauchte, um endgültig den Weg der Sozialdemokratie einzuschlagen. Die KPRF kann nur dann auf die Herausforderungen der Zeit reagieren, wenn sie in ihrer Theorie und Praxis die linken Ideen mit den Ideen der Marktwirtschaft und Demokratie verbindet, wie dies andere postkommunistische Parteien in Mittel- und Osteuropa tun, die sich zur

¹⁰ Urban J. Barth, The Communist Movement in Russia Today. Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 55/1995.

¹¹ "Levaja volna" v postkommunističeskoj Evrope (1993-1996), in: Vestnik Fonda "Rossijskij obščestvenno-političeskij centr", 1996, 5, S. 14.

¹² Ibid., S. 19.

Sozialdemokratie hin entwickelten. "Eine so radikale Wesensänderung ist ohne die schmerzliche Trennung von den Illusionen der Vergangenheit und ohne ernsthafte innere Erschütterungen unmöglich. Aber einen anderen Weg ins 21. Jahrhundert gibt es für die KPRF nicht."¹³

Die sozialdemokratischen Parteien

In Rußland gibt es gegenwärtig acht sozialdemokratische und vier sozialistische Parteien, von denen sieben in Opposition zu El'cin stehen und fünf ihn unterstützen. Die Tätigkeit der Parteien, Organisationen und Bewegungen sozialdemokratischer Richtung ist kaum zu spüren und ruft keine besondere Aufmerksamkeit bei den Massenmedien hervor. Sie selbst haben keine Presseorgane, die auf nationaler Ebene gehört würden und die in der Lage wären, alle diese Gruppierungen zu koordinieren und zu integrieren. Zuweilen ist selbst den Führern dieser Gruppen nicht besonders klar, was es mit dieser Sozialdemokratie auf sich hat. Sie sind mit den Erfahrungen der Sozialdemokraten im Ausland ebenso wenig vertraut wie mit der Arbeit der Sozialistischen Internationale, obwohl sie sich ihr anschließen möchten. Viele von ihnen sind aus den Reihen der Kommunisten gekommen und haben sich nicht völlig von der Last der Vergangenheit befreit. Daher nehmen sie häufig eine Zwischenstellung zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie ein.

Betrachtet man von diesem Standpunkt aus die Liste der 43 Parteien, die sich bei der Parlamentswahl am 17. Dezember 1995 präsentierten, so kommt man zu dem Schluß, daß viele von ihnen sozialdemokratische Komponenten aufweisen. Zur sozialdemokratischen Richtung kann man meiner Meinung nach zuweilen bedingt folgende Parteien rechnen: 1. Die politische Bewegung "Frauen Rußlands"; 2. den Block "Pamfilova-Gurov-Lysenko (Republikanische Partei der Rußländischen Föderation)"; 3. die gesellschaftliche Vereinigung "Jabloko" unter der Führung von G. Javlinskij (in dieser Vereinigung ist zusammen mit anderen Parteien teilweise die Sozialdemokratische Partei Rußlands vertreten); 4. die "Demokratische Wahl Rußlands - Vereinigte Demokraten" mit E. Gajdar und S. Kovalev an der Spitze (die sozialdemokratische Komponente in diesem zentristischen, im wesentlichen liberalen Block vertrat die "Rußländische Partei der Sozialen Demokratie" A. Jakovlevs); 5. den Block "Sozialdemokraten", der als Symbol die "Rose in der Faust" gewählt hat, und damit offensichtlich seinen "wahren" Sozialdemokratismus zeigen will (diesem Block traten die Partei "Sozialdemokratischer Bund", die politische Bewegung "Junge Sozialdemokraten Rußlands" und die "Rußländische Bewegung demokratischer Reformen" bei, unter ihren Führern waren G. Popov, V. Lipickij, O. Bogomolov, P. Kudjukin); 6. die "Gewerkschaften und Unternehmer Rußlands - Bund der Arbeit" (die Führer sind V. Ščerbakov, M. Šmakov, A. Vol'skij); 7. den Wahlkampfblock mit D. Davitašvili an der Spitze (neben anderen gehört ihm die "Rußländische Konföderation freier Gewerkschaften" an); 8. die "Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen" (die Führer sind S. Fedorov, A. Kazannik, A. Poročovščikov); 9. den "Block Ivan Rybkins" (die Führer sind der ehemalige Vorsitzende der Staatsduma I. Rybkin, Ju. Petrov, A. Čilingarov). Wie bereits erwähnt, gelang es von diesen Vereinigungen lediglich der Bewegung "Jabloko", mit einem Stimmenanteil von 6,89 Prozent ins Parlament einzuziehen. Die Kräfte sind also wieder zersplittert, und das sozialdemokratische Potential der jetzigen rußländischen Gesellschaft ist in der Tat nicht gefragt.

Es erhebt sich die Frage: warum ist das so? Betrachtet man, welche Ergebnisse nicht nur die Sozialdemokraten, sondern alle Demokraten in Rußland in den fünf Jahren seit dem Augustputsch 1991 mit ihren als demokratisch zu betrachtenden Herrschaftsstrukturen erzielt haben, so ergibt sich folgende Antwort: Die rußländischen Demokraten erwiesen sich als isoliert und zur Selbstorganisation wenig fähig. Sie erwiesen sich als unfähig, einen Dialog mit der Gesellschaft zu führen und das Potential der Massenbewegung Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zu nutzen. Die Demokraten legten auch kein klares und genaues Programm vor, das die Mehrheit ihrer Organisationen und ihrer Wählerschaft gefestigt hätte. Angefangen mit E. Gajdar, dem Chef der ersten Regierung nach dem Augustputsch, haben sie niemals erklären wollen, ohne die Schwierigkeiten der Übergangsperiode zu verschweigen, was geschieht und warum. Der staatlich-bürokratische Charakter der rußländischen Reformen war

einerseits bedingt durch die Schwäche der demokratischen Kräfte, andererseits durch die schnelle Transformation der ehemaligen sowjetischen Parteienomenklatura in die neue rußländische postkommunistische Bürokratie. Dadurch sind nicht nur die heutige demokratische Bewegung mit den ständigen Streitereien ihrer Führer, sondern auch der Begriff Demokratie in den Augen eines Großteils der Bevölkerung diskreditiert.¹⁴ Das Verhältnis zu den Parteien und Organisationen sozialdemokratischer Richtung war identisch mit der Einstellung zu allen Demokraten, ungeachtet dessen, welche politischen Ansichten sie vertraten.

Der größte Teil der Bevölkerung bildet die traditionelle soziale Basis der linken Kräfte - Werktätige, Arbeitnehmer. Die Bedeutung der Sozialdemokratie könnte zunehmen, wenn sich die sozialdemokratischen Ideen und die sich zu ihnen bekennenden politischen Organisationen mit der Massenbewegung der Werktätigen vereinigen würden, nämlich mit der Arbeiterbewegung, mit den freien Gewerkschaften und mit anderen Vereinigungen, die die Interessen der Arbeitnehmer schützen. Doch weil sich die Lage in allen Lebensbereichen ständig verschlechtert, bevorzugten die Menschen eher die radikalen Programme als die gemäßigten und realistischen Programme, die die Sozialdemokraten anboten. Von ihnen hing es in vielem davon ab, daß die Reformen im Interesse der Arbeitnehmer, d.h. des größten Teils der Bevölkerung durchgeführt werden. Doch die in der Theorie starken Sozialdemokraten erwiesen sich als untaugliche Praktiker. Sie beteiligten sich nicht am Reformprozeß, darunter auch nicht an der Privatisierung, die die Interessen aller berührt. Die tatsächliche Umverteilung des ehemaligen "staatlichen" Eigentums zugunsten der alten und neuen Elite erfolgte ohne jegliche Kontrolle seitens der Gesellschaft und der sozialdemokratischen Organisationen.¹⁵ Die Sozialdemokraten, die in diesem Prozeß die Interessen der Arbeitnehmer vertreten sollten, erfüllten ihre Pflicht nicht. Es war ihnen nicht gelungen, der Öffentlichkeit die Tatsache nahezubringen, daß das Land in der heutigen Umbruchzeit keinen Radikalismus braucht, sondern den gemäßigten, allmählichen, stufenweisen Übergang zur Marktwirtschaft westlichen Typs und den Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft, die es nicht zuläßt, die Arbeitnehmer auszuplündern. Die Tatsache, daß eine einheitliche politische Kraft notwendig ist, die nach den Prinzipien der Sozialdemokratie handelt und fähig ist, unter heutigen Bedingungen die Interessen der Werktätigen angemessen zu vertreten, wurde nicht gesehen. Der Bolschewismus und seine Erben beherrschen weiterhin das gesamte politische Spektrum des heutigen Rußland. Der Menschewismus bleibt so in der Minderheit.

Auch das allgegenwärtige Abrücken der linken Kräfte in der Welt unter den Bedingungen der von den Rechten begonnenen Demontierung des Sozialstaates hinterläßt seine Spuren. Wie der russische Wissenschaftler K. Majdanik in seinen analytischen Betrachtungen zur heutigen Situation der Linken feststellt, kam es in den 80er und 90er Jahren zu einer Überlagerung von zwei Strukturkrisen - der Krise der "langen Welle" der Wirtschaftsentwicklung und der Krise der industriellen (und "nationalen") Zivilisation. Dabei haben sich von allen Strömungen des ideologisch-politischen Spektrums der gegenwärtigen Gesellschaft gerade die Linken - ihre Identität, ihre ideologischen Zielsetzungen und ihre politische Kultur - diesen beiden Krisen gegenüber als besonders schwach erwiesen.¹⁶ Und trotzdem ist die Frage: "Werden die linken Kräfte für die gesellschaftliche Entwicklung im XXI. Jahrhundert benötigt, oder sind sie nicht vielmehr ein Rudiment der vergangenen, vorindustriellen und industriellen Zivilisation, des Klassenkampfes und des 'Kalten Krieges'?"¹⁷ mit "ja" zu beantworten.

Walerij Ljubin

Der Verfasser ist Leiter des Sektors Politische Parteien des Instituts für die wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften der Rußländischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

¹⁴ Ju.A. Borko, Načalsja period social'no-političeskoj strukturizazii obščestva, in: Perspektivy social'noj demokratii v Rossii. Moskau, 1994, S. 11-12.

¹⁵ Genauer siehe: V.P. Ljubin, Social-demokraty i reformy: kto zaščitit naemnych rabotnikov? Ibid., S. 51-57.

¹⁶ K.L. Majdanik, Levye dviženija v postavtoritarnom obščestve, in: Svobodnaja mysl', 9, 1994, S. 24.

¹⁷ Ibid., S. 33.

Redaktion: Eberhard Schneider

Übersetzung: Christel Dittmann

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071

